



HESSISCHER LANDTAG

11. 12. 2019

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Energiewende gemeinsam meistern - Fortschritte und Herausforderungen fair kommunizieren

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erkennt an, dass die Landesregierung ihr energiepolitisches Handeln an wissenschaftlichen Erkenntnissen zum menschengemachten Klimawandel ausrichtet, das große Potenzial von CO₂-Vermeidung im Energiesektor erkennt und auf Landesebene gemeinsam mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Akteuren Maßnahmen zum Ausbau der Nutzung Erneuerbarer Energien und für eine größere Energieeffizienz entwickelt und umsetzt. Viele Tier- und Pflanzenarten sowie der Wald als Gesamtsystem sind durch Klimaveränderungen akut gefährdet. Um wirtschaftliche Entwicklung, Individuen-, Arten- und Klimaschutz zu verbinden, müssen weiter Kompromisse gesucht und gefunden werden. Die Bewahrung der Schöpfung und der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen für uns und nachkommende Generationen sind und bleiben eine der vordringlichsten Herausforderungen.
2. Der Landtag setzt sich dafür ein, den Ausbau der Nutzung der Erneuerbaren Energien sowohl bundesweit als auch in Hessen fortzusetzen. Dazu muss die Bundesregierung die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Der Landtag erkennt daher an, dass im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzprogrammes 2030 der 2017 in das EEG eingeführte Deckel für die Förderbegrenzung auf die Summe der installierten Leistung der Solaranlagen von 52 GW aufgehoben werden soll. Dies kann jedoch nur ein erster Schritt sein.
3. Der Landtag vertritt die Auffassung, dass eine verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien in Verbindung mit einem zügigen und bedarfsgerechten Netzausbau, einer Steigerung der Energieeffizienz sowie der Entwicklung und dem Einsatz moderner Speichertechnologien mittel- und langfristig eine stabile, weitgehend klimaneutrale und nachhaltige Energieversorgung in Hessen ermöglicht. Bei der Transformation des Energieversorgungssystems dürfen die europaweiten Dimensionen, wie etwa der Beitrag grenzüberschreitender Vorhaben wie „NordLink“ zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit sowie der Ausbau der Grenzkuppelstellen, nicht außer Acht gelassen werden. Der Erfolg muss sich dabei an den energiepolitischen Zielen der Verlässlichkeit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit sowie der Wettbewerbsfähigkeit messen.
4. Der Landtag begrüßt daher, dass sich Bund und Länder am 24. Mai 2019 beim Treffen der Energieminister in Hannover auf verbindliche und ambitionierte Zeitpläne beim Netzausbau verständigt haben. Der Landtag stellt fest, dass ein zügiger und bedarfsgerechter Netzausbau die Kosten für netzstabilisierende Eingriffe (Einspeisemanagement und Redispatch) spürbar senkt. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, jetzt auch unverzüglich die Rahmenbedingungen für den zwingend erforderlichen Ausbau der Windenergie so auszugestalten, dass die für die Einhaltung der Klimaziele erforderlichen Zubauraten bei der Windenergie erreicht werden und dieser bedeutenden Branche Planungssicherheit verschafft wird.
5. Der Landtag unterstützt die Anstrengungen der Landesregierung im Bereich der Energieeffizienz und Sektorenkopplung. Für ein Gelingen der Energiewende in Hessen ist eine intelligente Kopplung der Sektoren Strom, Wärme, Verkehr und Industrie unter Berücksichtigung des energie- und wettbewerbspolitischen Leitprinzips erforderlich. Im Bereich der Energieeffizienz unterstützt der Landtag den Energieeffizienzplan 2030 für eine CO₂-

neutrale Landesverwaltung sowie die Pläne für eine deutliche Erhöhung der Sanierungsquote im Gebäudebestand. Die Landesenergieagentur (LEA) bietet hier Kommunen Unterstützung bei energiepolitischen Herausforderungen an. Er erkennt in diesem Zusammenhang an, dass die Bundesregierung die steuerliche Absetzbarkeit der energetischen Gebäudesanierung auf den Weg gebracht hat, und setzt darauf, dass Bund und Länder sich im Vermittlungsausschuss auf Schritte mit größtmöglicher Wirksamkeit im Sinne der Gebäudesanierung verständigen werden.

6. Der Landtag ist davon überzeugt, dass zu einer erfolgreichen Umsetzung der Energiewende auch eine intensive Bürgerbeteiligung gehört. Vor diesem Hintergrund fordert er die Landesregierung auf, die Arbeit der Landesenergieagentur (LEA) weiter zu unterstützen. Er steht zu den Ergebnissen und Zielen des Hessischen Energiegipfels aus dem Jahr 2011, die mit allen damals im Parlament vertretenen Parteien vereinbart wurden. Weiterhin schaffen die bereits vollzogene Festlegung von Windvorrangflächen auf ca. 2 % der hessischen Landesfläche sowie die von der Landesregierung angekündigte Überarbeitung des Naturschutzleitfadens mehr Klarheit für Planerinnen und Planer sowie Bürgerinitiativen vor Ort. Notwendig ist auch in Zukunft ein sachlich geführter Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Naturschützern, welcher die bestmögliche Lösung zum Wohle der Menschen in Hessen ermöglicht. Mit klaren technischen, naturschutz- sowie forstrechtlichen Kriterien und durch ein transparentes rechtsstaatliches Verfahren kann sichergestellt werden, dass insbesondere bei der Errichtung von Windenergieanlagen die unterschiedlichen Interessen von Mensch und Umwelt sorgfältig abgewogen und zusammengeführt werden können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 11. Dezember 2019

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Michael Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)